



24. März 2020

Die Alarmzentralen 112, 117, 118 und 144 sowie ein zweites Rechenzentrum des Staats Wallis unter einem Dach

Beantragung Verpflichtungskredit

Der Staatsrat hat dem Parlament eine Botschaft über das Gesuch um einen Verpflichtungskredit von 58 Millionen Franken zur Finanzierung des Baus einer neuen Einheitszentrale und eines zweiten Rechenzentrums für den Kanton Wallis im Quartier L'Escala in Siders vorgelegt. Insgesamt ist das Projekt mit 65 Millionen Franken budgetiert, wovon 7 Millionen Franken bereits im Rahmen der IT-Strategie zugewiesen wurden.

Das Wallis ist ein Kanton, der Naturgefahren und seismischen Risiken ausgesetzt ist. Es ist bereits mehrfach zu schweren Ereignissen und Unfällen gekommen. Die Erfahrung hat die Einsatzkräfte gelehrt, dass die rasche Auslösung von Alarmen und die effiziente Koordination von Ressourcen während dieser Einsätze der Schlüssel zum Erfolg sind.

Daher wurde eine Zusammenlegung der Alarmzentralen 112, 117, 118 und 144 sowie der kantonalen Führungsorganisation (KFO) in Betracht gezogen. Obwohl sie an einem gemeinsamen Standort vereint sind, werden diese drei Einheiten unter strikter Einhaltung des Datenschutzes unabhängig bleiben. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Interventionskräfte in allen Krisensituationen und im Alltag effektiv geführt und eingesetzt werden können. Dieses für die Sicherheit des Kantons Wallis wichtige Projekt wurde gemeinsam von der Kantonspolizei Wallis, der kantonalen Rettungsorganisation, der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär, der Dienststelle für Gesundheitswesen, dem kantonalen Informatikdienst, der Dienststelle für Mobilität und der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie des Staates Wallis ausgearbeitet.

Darüber hinaus umfasst diese neue Struktur ein zweites Informatik-Rechenzentrum für den Staat Wallis. Es muss die operationelle Kontinuität des Hauptzentrums in der Stadt Sitten gewährleisten, um die Beständigkeit und Sicherheit der Informationssysteme des Staates Wallis zu garantieren.

Dieses Rechenzentrum muss über ein hohes Sicherheitsniveau verfügen, das durch die ständige Anwesenheit von Polizeikräften im Gebäude gewährleistet ist. Es weist dank angemessener Erdbebenschutznormen eine begrenzte Anfälligkeit für Naturkatastrophen auf. Der Staatsrat hat daher Anfang 2018 einen Architektur- und Ingenieurwettbewerb für den Bau dieses Gebäudes ausgeschrieben. Am Ende des Wettbewerbs hat die Fachkommission das Projekt von Urbistondo + Martinez, Architekten in Lausanne, und Structurame Sàrl, Bauingenieure in Genf, ausgewählt.

Der Staatsrat hat dem Grossen Rat den Antrag auf einen Verpflichtungskredit und die dazugehörige Botschaft übermittelt.



Die neue Zentrale und das zweite Rechenzentrum sollen bis zum Sommer 2023 in Betrieb genommen werden. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf 65 Millionen Franken, wovon 7 Millionen Franken aus dem Verpflichtungskredit der bereits genehmigten IT-Strategie 2015-2024 stammen.

Kontaktpersonen:

Frédéric Favre, Vorsteher des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport, 027 606 50 05

Esther Waeber-Kalbermatten, Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur, 027 606 50 90

Roberto Schmidt, Staatsratspräsident und Vorsteher des Departements für Finanzen und Energie, 027 606 23 00